

P R E S S E M E R K U R U N G

Heute Mittag haben Bürgerinitiativen aus ganz Niedersachsen begonnen, das Gebiet rund um die Deponie Münchehagen abzusperren. Sie wollen mit dieser Selbsthilfe die Behörden zum sofortigen Handeln zwingen, damit von den Flächen, in denen Dioxinaustritte nachgewiesen sind, nicht weiterhin Gefahr ausgeht.

Ein generelles Nutzungsverbot für diese Flächen und sofortige Gesundheitsmaßnahmen für die Bevölkerung werden gefordert.

Mit rot-weißem Baustellen-Absperrband zogen die Bürgervertreter eine etwa 1,5 km lange Grenze und befestigten Warnschilder mit dem Hinweis "Lebensgefahr -Dioxin~~ausstritt~~ - Betreten Verboten".

"Es ist allerhöchste Zeit zum Handeln," stellte Rechtsanwalt Hans-Ludwig Schmahlstieg (Dolben) als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Giftmüll im Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) fest, die heute in Münchehagen zusammentrat.

Aus Ostfriesland, dem Harz, Fohreneggelsen, Hannover und weiteren Giftmüllstandorten waren Bürgerinitiativvertreter zusammengekommen, um Konsequenzen für die Sondermüllpolitik des Landes Niedersachsen zu fordern.

In Münchehagen seien als Sofortmaßnahmen notwendig:

- Betretungsverbot für die verseuchten Flächen
- Nutzungsverbot für alle land- und forstwirtschaftlichen Flächen
- Gesundheitsvorsorge und Langzeituntersuchungen für die Bevölkerung.

In Zusammenarbeit mit einem Münchener Toxikologen sei es sofort möglich, mit Reihenuntersuchungen zu beginnen, die *andern Orts von Krankenkassen finanziert werden*